

H. OBERHOFER, G. SCHWARZ, M. STRASSNIG

# Faktenbasierte Politik

**E**ntscheidungen auf Basis wissenschaftlicher Analysen zu treffen, wäre eine gute Idee. Sie scheitert – auch, weil in Österreich viele Daten nicht zugänglich sind.

In den Regierungsverhandlungen wird viel davon die Rede sein, wie sich die künftige Koalition ein erfolgreiches und prosperierendes Österreich vorstellt. Man muss diesen positiven Impetus jeder Regierung zugestehen und ihn anerkennen. Entscheidungen, die in bester Absicht und mit „Hausverstand“ getroffen wurden, können aber leicht ins Auge gehen, wenn komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge am Werk sind.

Um bessere Entscheidungen zu treffen, sollte man alle Fakten und die Wirkungszusammenhänge kennen. Dadurch wird der Gestaltungsspielraum der Politik nicht eingeschränkt, sondern modifiziert und sogar erweitert. Wer eingesehen hat, dass das Opfern eines Stieres die Götter nicht dazu bewegen wird, hier auf Erden einzugreifen, kann sich auf sinnvolle Wege konzentrieren, seine Ziele umzusetzen.

Politik und Verwaltung interessieren sich durchaus für Fakten: Entweder werden die Daten durch die Ministerien selbst aufbereitet oder man beauftragt externe Studien, die als Entscheidungsgrundlagen dienen sollen. Und obwohl dieser Zugang sinnvoll und nachvollziehbar ist, nutzt er das vorhandene Potenzial nicht annähernd aus.

Weil es in Österreich keinen geregelten Zugang der Wissenschaft zu den Datenbeständen der öffentlichen Hand gibt,

finden viele wichtige wissenschaftliche Analysen nicht statt. Die Gründe dafür liegen in der mangelnden Transparenzkultur, Besitzstandsdenken in Bezug auf Daten und fehlendem Bewusstsein über den vielfältigen Nutzen seriöser wissenschaftlicher Studien.

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung, aber auch die Medizin würden durch einen besseren Datenzugang einen großen Schub in Richtung datenbasierter Evidenz erfahren. Davon würden auch Politik und Verwaltung enorm profitieren, da mit Hilfe forschungsbasierter Erkenntnisse verborgene Zusammenhänge offengelegt werden können. Der Gesetzgeber könnte im Vorhinein wissen, welche Maßnahmen Erfolg versprechen. Damit könnten die öffentlichen Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Die Wissenschaft könnte auch künftige Entwicklungen und Probleme aufdecken, die sich in den Daten bereits ankündigen, bisher mangels Datenzugangs aber übersehen wurden.

Es braucht daher auch Zugangsmöglichkeiten für eine erkenntnisgetriebene Wissenschaft. Gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse kann es nur geben, wenn Fragestellungen aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Zugängen und Methoden betrachtet werden. Einzelne Studien

können falschliegen. Erst eine wiederholte Analyse von Datenbeständen durch unterschiedliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermöglicht gesicherte Erkenntnisse und darauf aufbauend politische Entscheidungen, deren Richtigkeit nicht nur vom Glück abhängt.

Österreich lässt das vorhandene Potenzial für eine faktenbasierte Politik weitgehend brachliegen. Andere europäische Staaten sind hier bereits viel weiter, etwa Dänemark, die Niederlande oder Schweden. Zwar ist auch hierzulande 2018 mit der Novellierung des Forschungsorganisationsgesetzes ein großer Sprung nach vorn gelungen. Prinzipiell besteht nun die Möglichkeit, der Wissenschaft – unter strengsten Datenschutzaufgaben – Zugang zu sogenannten Registern der Bundesverwaltung zu gewähren. Bis dato wurde jedoch noch kein solcher Datenzugang umgesetzt. An einem Pilotprojekt wird gearbeitet.

Noch vertrackter ist die Lage im Bereich der Bundesstatistik und damit der riesigen Datenbestände der Statistik Austria. Diese werden zwar mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erhoben, sie profitieren aber nicht von umfassenden wissenschaftlichen Analysen der Daten, weil diese vom Gesetzgeber unterbunden werden. Wiederholt scheiterten alle Versuche, der Wissenschaft einen adäquaten Zugang zu den Daten der Statistik Austria zu ermöglichen.

Im Interesse Österreichs, aber auch im Eigeninteresse einer künftigen Bundesregierung läge es daher, den zeitgemäßen Zugang der Wissenschaft zu den Daten der Verwaltung und insbesondere der Statistik Austria in das Regierungsprogramm aufzunehmen. Dann kann die Wissenschaft das tun, zu dem sie berufen ist, nämlich Evidenz in einer Qualität bereitstellen, die eine faktenbasierte Politik erst möglich macht.

**DIE AUTOREN:** HARALD OBERHOFER (links) ist Professor an der Wiener Wirtschaftsuniversität. GERHARD SCHWARZ (Mitte) ist empirischer Wirtschaftsforscher aus Wien. MICHAEL STRASSNIG ist Mitarbeiter des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds. Sie sind Mitgründer der „Plattform Registerforschung“.

